

Plan für die Zeit tiefster Finsternis

Steht der Euro am Abgrund, erhalten neue Ideen – vielleicht – eine Chance

Von Daniel Zulauf

Athen. Yanis Varoufakis macht sich keine Illusionen. Das deprimierende Schauspiel, in dem die EU seit Monaten vergeblich versucht, das Schuldenproblem der peripheren Euro-Länder in den Griff zu bekommen, wird weitergehen. Daran werde sich auch nichts ändern, wenn das griechische Parlament diese Woche einen neuen Plan verabschieden sollte, mit dem der Staat weitere 78 Milliarden Euro einsparen will und dank Veräusserung von Staatsbesitz einen Teil der hochverzinslichen Schulden zurückkaufen kann. «Man kann das Problem zahlungsunfähiger Länder nicht lösen, indem man ständig neue Kredite spricht», sagt der Wirtschaftswissenschaftler, der an der Universität Athen die Abteilung für politische Ökonomie leitet.

Varoufakis lobbyiert für eine radikale Umkehr der Strategie. Das Geld, das Griechenland jetzt noch geliehen bekommt, gehe direkt an die Banken, das diese in Erwartung eines Schuldenschnittes sofort auf die hohe Kante legen, sagt Varoufakis. Er plädiert dafür, dass Griechenland und andere Euro-Länder den mit den Maastrichter Verträgen kompatiblen Teil ihrer Schulden (60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Verwaltung übergeben. Diese soll die Schulden durch die Ausgabe von Euro-Bonds refinanzieren und diese gegenüber ihren Mitgliedsländern auch garantieren. Statt zehn Prozent oder mehr müssten die Griechen und andere Teilnehmer an dem Programm dann nur noch drei Prozent Zinsen bezahlen.

Verstaatlichung der Banken

Gleichzeitig müssten die privaten Gläubigerbanken dazu gezwungen werden, sich durch Mittel des Europäischen Rettungsfonds rekaptalisieren beziehungsweise teilweise verstaatlichen zu

lassen. Ansonsten sei ein Neuanfang nicht zu schaffen, meint Varoufakis. Denn es ist die Angst vor einer Bankenkrise in Ländern wie Deutschland oder Frankreich, welche die Schuldenspirale am Laufen hält. Der Rettungsfonds ist das Finanzierungsvehikel, über das die Euro-Länder ihre grössten Sorgenkinder vor dem Zahlungsausfall bewahren.

Schliesslich plädiert Varoufakis für eine Investitionsinitiative, die den zurückgebliebenen Ländern helfen soll, ihre Nachteile bei der Wettbewerbsfähigkeit aufzuholen. Die Federführung für diese Initiative müsste die Europäische Investitionsbank übernehmen.

Viel beachtete Ansätze

Chancen für eine Realisierung seines radikalen Plans sieht Varoufakis derzeit allerdings keine: «Erst wenn der Euro in die kritische Phase kommt, wird sich Europa entscheiden müssen, ob es einen Plan, wie wir ihn vorschlagen, verfolgt, oder die Gemeinschaftswährung auseinanderbrechen lassen will.»

Die Ideen des Athener Professors haben trotz allem Konjunktur. Die «New York Times» widmete ihnen kürzlich einen langen Artikel. Auch in Deutschland werden sie von vielen Medien aufgegriffen. Und vergangene Woche durfte sich Varoufakis im Kundenmagazin «UBS Wealth Management» ausbreiten.

Der griechische Premierminister Georgos Papandreu habe den Plan im Frühling geprüft, schrieb die «New York Times». Doch im Wissen, dass ihm Deutschland, geschweige denn die EZB, niemals zustimmen würde, habe er die Idee fallen gelassen. «Es war eine schöne Idee, aber nicht haltbar unter den gegenwärtigen Bedingungen», zitierte das Blatt den einflussreichen Ökonomen Daniel Gros. «Wenn es jemanden gibt, der einen solchen Vorschlag nicht machen kann, dann ist es der griechische Premierminister. Es müsste ein Deutscher sein.»



Proteste. Während Griechenlands Parlament streitet, demonstriert die Bevölkerung gegen die Sparmassnahmen. Foto Keystone

«Die Massnahmen werden ihr Ziel klar verfehlen»

Der griechische Ökonom Yanis Varoufakis plädiert für einen neuen Ansatz in der Schuldenkrise

Von Daniel Zulauf

Athen. Der Athener Ökonom Yanis Varoufakis sieht nur eine Lösung für das griechische Schuldenproblem: Die EZB muss zentrale Schuldenverwalterin werden und die Gläubigerbanken haben eine Teilverstaatlichung über sich ergehen zu lassen.

BaZ: Herr Varoufakis, Hand aufs Herz, sind Sie als Grieche der richtige Absender für diese Idee?



Yanis Varoufakis: Die Antwort lautet klar: Nein. Es ist doch schon seit einem Jahr offensichtlich, dass man in der EU den Ideen und dem Sachverstand einen viel geringeren Wert beimisst, wenn sie aus dem Süden statt aus dem Norden stammen. Mehr als einmal hat man mir auch gesagt, es wäre besser, unsere Ideen würden von jemandem mit deutschem Akzent präsentiert.

Die Idee einer zentralisierten europäischen Wirtschaftsregierung hat nicht nur in Deutschland keine Anhänger. Gehen Ihre Ideen nicht exakt in diese Richtung?

Nein, eben nicht. Unser Vorschlag ist massvoll, weil er keiner neuen europäischen Institution bedarf, weil er keine Zentralisierung des Steuerwesens verlangt, keine fiskalischen Transfers benötigt, keine zusätzlichen Ausgaben der Union voraussetzt und diese auch nicht zum Schuldenmachen zwingt.

Aber Sie messen der EZB eine zentrale Rolle bei der Schuldenverwaltung der Haushalte der Mitgliedsländer zu.

Ja, indem die EZB helfen muss, die aggregierten Schulden der Euro-Länder rationaler zu verwalten. Aber das impliziert in keiner Weise eine Verlagerung der Steuer- und Budgethoheit der Mitgliedsländer, was ja der Kernpunkt einer zentralen Wirtschaftsregierung wäre. Echte Feinde einer stärkeren politischen Integration Europas werden in unserem Vorschlag aber sicher eine Verschwörung entdecken, die sie zu einer stärkeren Einbindung zwingen will. Das wahre Ziel unseres Vorschlages ist es aber, den Euro mit einem Minimum an institutionellen Veränderungen zu retten.

Ist Ihre Idee überhaupt vereinbar mit den Statuten der EZB?

Ja. Das statutarische Ziel der EZB ist es, erstens die Preisstabilität zu garantieren und zweitens die EU bei der Erreichung ihrer breiten wirtschaftlichen Zielsetzungen zu unterstützen. Unser Vorschlag will, dass die EZB den Maastricht-kompatiblen Teil der Schulden ihrer Mitgliedsländer übernimmt, oder besser gesagt, verwaltet. Die EZB soll die Übernahme dieser Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds refinanzieren. Das heisst, die Refinanzierung der Schulden erfolgt durch private Investoren, sodass das Preisstabilitätsziel nicht gefährdet ist. Bezüglich des zweiten Ziels, der Unterstützung der EU bei der Erreichung ihrer wirtschaftlichen Zielsetzungen, ist die Vereinbarkeit mit unserem Vorschlag erst recht gegeben. Die Krise bedroht ja die Existenz der ganzen Union.

Würde sich die EZB bei einer solch flexiblen Auslegung Ihrer Statuten nicht dem Vorwurf aussetzen, die Demokratie auszudribbeln?

Natürlich müsste die Rolle der EZB demokratisch diskutiert werden, um ihr ein Maximum an politischer Legitimation zu geben. Diese Debatte könnte im Europaparlament, in der Kommission und im Europarat stattfinden. Eine Änderung der Statuten, die in einem aufwendigen und wohl auch traumatischen Prozess durch alle nationalen Parlamente beschlossen werden müsste, wäre dafür nicht nötig.

Was geschähe mit den Schulden, die über dem Maastricht-kompatiblen Teil von sechzig Prozent des BIP liegen und deshalb nicht unter die Obhut der EZB kämen? Gäbe es noch einen Markt für diese zweitklassigen Schulden?

Der Markt für solche Schulden würde sich, wenn schon, wiederbeleben, und die derzeit extrem hohen Risikoaufschläge nicht nur für griechische Anleihen würden sich stark nach unten bewegen. Griechenland und möglicherweise auch Irland hätten dann zwar immer noch ein grosses Problem, weil die Staatsschulden weit über der Maastricht-Grenze liegen und der Staat bankrott ist. Aber wenn sich die Schulden- und Bankenkrise in der Euro-Zone stabilisiert hat, wie wir das in unserem Vorschlag voraussetzen, braucht es nicht mehr so viel, um Griechenlands Schulden auf ein nachhaltiges Niveau zu bringen.

Kritiker monieren, Ihrem Vorschlag fehle es an jeglicher Idee, wie sich die Griechen selber helfen könnten und sollten.

Zurzeit geht es ja nur darum, wieder etwas Luft unter die Flügel des abstürzenden Flugzeuges zu bekommen. Aber für die Zeit danach gibt es unzählige Veränderungen, die wir Griechen selber an die Hand nehmen

müssen. Das althergebrachte, zerrüttete Verhältnis zwischen Bürger und Staat muss aufhören. Mit der Idee, dass die Reichen dem Staat Geld leihen, dafür aber keine Steuern zahlen, müssen wir entschieden aufräumen. Auch die Bürokratie, die unser tägliches Leben erschwert, muss gnadenlos bekämpft werden. Und der private Sektor muss endlich lernen, Nutzen zu ziehen aus der wichtigsten Ressource Griechenlands: den vielen jungen Leuten, die ausserordentlich gut ausgebildet sind.

Trotz aller Vorbehalte haben Ihre Vorschläge ein ansehnliches Echo ausgelöst. Wir sind durch eine Kundenzeitschrift der UBS auf Sie gekommen. Wie erklären Sie sich das Interesse?

Ich möchte gerne glauben, dass Ideen die Macht haben, zu überzeugen, unabhängig davon, woher sie kommen. Sie müssen nur gut und einfach sein und zur rechten Zeit lanciert werden.

Was erwarten Sie von den neuen Sparmassnahmen, denen das griechische Parlament zustimmen muss?

Die Massnahmen werden ihr Ziel klar verfehlen. Das deprimierendste bei diesen Massnahmen ist, dass niemand an ihren Erfolg glaubt. Unsere Regierung glaubt nicht, dass sie die Wirtschaft wieder vorwärtsbringen können und unsere europäischen Partner glauben nicht, dass sie geeignet sind, die laufend steigende Verschuldung des Landes zu stoppen. Und der Internationale Währungsfonds schaut unserem blödsinnigen europäischen Treiben nur ungläubig zu. Das Beste, was wir uns erhoffen können, ist, dass Europa Zeit gewinnt, um eine umfassende Lösung zu erarbeiten.

Das Ringen der Banken

Frankreich bietet Lösung an

Paris/Berlin/Brüssel/Rom. Französische Banken und Versicherer sind bereit, sich freiwillig an der Griechenland-Hilfe zu beteiligen. Präsident Nicolas Sarkozy erklärte gestern in Paris, ein Abkommen sei grundsätzlich erreicht. «Es handelt sich um einen ersten Entwurf, wir arbeiten daran, sowohl mit den Banken als auch mit den Versicherungen», sagte Sarkozy. Er bestätigte einen Bericht des «Le Figaro», wonach französische Banken bereit sind, bis zu 70 Prozent der Schulden, die Griechenland bei ihnen hat, zu verlängern oder neu zu investieren.

Demnach sollen 50 Prozent der auslaufenden Schulden eine Laufzeit von 30 Jahren erhalten, mit einem Zins, wie ihn Griechenland dem Rettungsschirm zahlen müsse, plus einem Zins, der sich an der griechischen Wachstumsrate orientieren könnte. Zusätzliche 20 Prozent der griechischen Altschulden sollten in einen Fonds mit Papieren von hoher Qualität gesteckt werden, die mit einem Nullcoupon ausgestattet würden.

Suche nach Alternativen

Während Frankreich relativ konkrete Vorschläge präsentiert, ist der Beitrag deutscher Banken offen. Der Sprecher von EU-Währungskommissar Olli Rehn sagte gestern in Brüssel, Gespräche mit den Geldhäusern sollten «in den nächsten Tagen» zu verschiedenen Alternativen führen. Auch in Rom hiess es nach einer Konsultationsrunde internationaler Gläubigerbanken Griechenlands und Finanzinstitutionen, dass es «weder formell noch informell» eine Entscheidung gebe, wie die italienische Nachrichtenagentur Ansa unter Berufung auf informierte Kreise berichtete. SDA/DPA